

Aus Bund und Ländern

Bundesminister Bangemann spricht zu Freien Berufen

BONN. „Freie Berufe und Menschenrechte“ lautet das Motto des diesjährigen Bundeskongresses des Bundesverbandes der

deskongreß durch den BFB-Präsidenten Prof. J. F. Volrad Deneke, Bonn.

Die Repräsentanten der Fraktionen des Deutschen Bundestages werden Grußadressen überbringen – ebenso der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhardt Diepgen. Während des BFB-Bundeskongresses findet im Hotel



Das Reichstagsgebäude in Berlin

Foto: Archiv

Freien Berufe e. V. (BFB), der im Gebäude des Reichstages in Berlin (vom 30. Mai bis 1. Juni 1985) stattfindet. Bundeswirtschaftsminister Dr. Martin Bangemann, MdB, wird ein Grundsatzreferat „Wirtschaftspolitik '85 und Freie Berufe“ halten. Den Festvortrag wird der Schriftsteller Lew Kopelew, Köln, zum Thema „Freie Berufe und Menschenrechte“ halten. Eröffnet wird der Bun-

Steigenberger zu Berlin eine Fachausstellung „Rationalisierung in Praxen und Büros der Freien Berufe“ der Firma Wang-Computer statt.

Die ordentliche Mitgliederversammlung des BFB am 31. Mai wird den Jahresbericht 1984 sowie Bilanz und Haushalt 1984/86 erörtern. Ferner stehen Resolutionen und verschiedene Regularien zur Beratung. EB

Alle AiP-Bewerber sollen eine Stelle finden

BERLIN. Gesundheitsse-nator Ulf Fink hat darauf hingewiesen, daß die organisatorischen, finanziellen und sonstigen Voraussetzungen für die Umwandlung von Assistenzarztstellen für den „Arzt im Praktikum“ erst im August 1987 abgeschlossen sein müs-

sen. In Berlin würden jetzt erst einmal die Zahlen ermittelt. Es sei jedoch vorgesehen, bis zum Ablauf der Übergangsfrist insgesamt 1650 Ausbildungsstellen zu schaffen, so daß jeder Student, der in Berlin den dritten Abschnitt der ärztlichen Prüfung besteht, auch die Praktikumsphase in Berlin ableisten kann. Mindestens 300 Stellen sollen bei niedergelassenen Kassenärzten geschaffen werden. EB

Rentner verursachen Kassen-Defizit

KÖLN. Das (rechnerische) Einnahmen-Ausgaben-Defizit in den Etats der gesetzlichen Krankenkassen in Höhe von rund drei Milliarden DM im Jahr 1984 resultiert zu einem erheblichen Teil aus der chronisch defizitären Situation der Rentnerkrankenversicherung (KVdR). 1984 belasteten rund 1,6 Milliarden DM ungedeckte Mehrausgaben für die Rentnerkrankenversicherung die Kassenetats, die die aktiv Krankenversicherten zusätzlich zu ihrem Solidarbeitrag im Rahmen der Lohnentwicklung zahlen mußten.

Schlaglichtartig beleuchtet der Sektor Arzneimittel-ausgaben das Einnahmen-Ausgaben-Mißverhältnis in der Rentnerkrankenversicherung: Für die Arzneimittelversorgung der rund 10,5 Millionen krankenversicherten Rentner gaben die Krankenkassen im ersten Halbjahr 1984 rund 4,1 Milliarden DM aus. Dies sind 8,9 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum von 1983. Die 25,3 Millionen erwerbstätigen Versicherten haben demgegenüber zu Lasten der Kassenetats Arzneimittel für „nur“ 3,5 Milliarden DM verbraucht. Dies sind 4,3 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 1983. Und eine andere Zahlenrelation: Bei 29 Prozent Rentneranteil entfallen auf die nur mit geringer Beitragspflicht belasteten Rentner mehr als 50 Prozent der Leistungsausgaben für Arzneimittel.

Weder die Abschaffung der Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung, noch die stufenweise sich erhöhende kollektive Beitragspflicht auch für Rentner,

noch pauschalierte (minimale) Direktbeiträge auch der Rentner (außer bei sozialen Härtefällen) wirkt in Anspruchnahme bremsend.

Um die Versichertensolidarität nicht weiter zu überfordern und das versicherungstechnische Äquivalenzprinzip auch bei der Rentnerkrankenversicherung wieder einigermaßen ins Lot zu bringen, gibt es nur zwei Alternativen. Entweder wird die gesetzliche Rentenversicherung dem Verursacherprinzip gemäß mit einer höheren „Interessenquote“ zur KVdR eingespannt, oder aber die Rentnerkrankenversicherung wird losgelöst von der Krankenversicherung der Aktivversicherten auf ein neues finanzielles und beitragsbezogenes Fundament gestellt. HC

Embryohandel ist „aufgeklärt“

BONN. Die dem Bundesgesundheitsministerium bekanntgewordenen Einzelfälle des Handels mit menschlichen Embryos oder Feten sind „aufgeklärt“, wie die Parlamentarische Staatssekretärin Irmgard Karwatzki in einer Bundestagsantwort erklärte. Frau Karwatzki zählte drei Fälle auf: in Hessen hatte die Biologische Arbeitsgemeinschaft Lich in den Jahren 1972 bis 1979 elf menschliche Feten zur Herstellung von Bogomelz-Seren eingesetzt. Im Städtischen Krankenhaus München-Schwabing hatte ein Arzt heimlich Embryos und Feten verkauft; er ist inzwischen aus dem Dienst entlassen worden. Der Vertrieb von embryonalen Zellen menschlicher Herkunft durch die Firma Flow Laboratories bewegt sich nach Ansicht der zuständigen nordrhein-westfälischen Behörden in einem ethisch vertretbaren Rahmen. EB